

Stadt Stadtallendorf

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau,
Umwelt und Landwirtschaft
- Der Vorsitzende -

35260 Stadtallendorf, 07.07.2009

Postfach 1420

Tel.: (0 64 28) 707-308

Fax.: (0 64 28) 707-400

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Fachausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft

Sitzungstermin:	Donnerstag, 02.07.2009
Sitzungsbeginn:	19:30 Uhr
Sitzungsende:	21:35 Uhr
Ort, Raum:	Besprechungsraum 1, Zimmer-Nr. 2.29, Bahnhofstraße 2 (Rathaus), 35260 Stadtallendorf,

Anwesend sind:

Herr Otmar Bonacker
Herr Jürgen Behler
Herr Frank Drescher
Herr Dieter Erber
Herr Werner Hesse
Herr Jörg Linker
Herr Jochen Metz
Frau Ulrike Quirnbach
Frau Susanne Reitmeier (Vertreterin für Herrn Somogyi)
Herr Stefan Rhein
Herr Manfred Thierau

Stadtverordnetenvorsteher:

Herr Hans-Georg Lang

Stellv. STVVorsteher/in:

Frau Ilona Schaub

Fraktionsvorsitzende:

Herr Klaus Ryborsch

Stadträtin/Stadtrat:

Herr Helmut Hahn

Stellv. STVVorsteher/in:

Herr Wolfgang Salzer

Von der Verwaltung:

Herr Manfred Vollmer
Herr Klaus Hütten

Schriftführer:

Nikolaus Petri

Entschuldigt fehlt:

Herr Christian Somogyi

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Beratung von eingegangenen Anträgen
Beschlüsse:
- 3 Weiterentwicklung der Stadtmitte; Handelsobjekt Straße des 17. Juni (Bauteil 3);
Abweichung von der genehmigten Bauplanung und Grundstückstausch (s.
Einladung Stadtverordnetenversammlung)
Vorlage: FB4/2009/0088
- 4 Bauleitplanung der Stadt Stadtallendorf;
Bebauungsplan Nr. 22 "Volkspark" 1. Änderung in der Kernstadt Stadtallendorf
a) Behandlung der während des Bauleitplanverfahrens eingegangenen
Stellungnahmen und Anregungen
b) Satzungsbeschluss gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB)
Vorlage: FB4/2009/0058
- 5 Bauleitplanung der Stadt Stadtallendorf
Bebauungsplan Nr. 93 "Niederkleiner Straße/Querspange" in der Kernstadt
hier: Offenlegungsbeschluss gemäß § 3 (2) BauGB
Vorlage: FB4/2009/0084
- 6 Bauleitplanung der Stadt Stadtallendorf
62. Änderung des Flächennutzungsplans in der Kernstadt
a) Behandlung der während des Bauleitplanverfahrens eingegangenen Bedenken
und Anregungen
b) Beschlussfassung
Vorlage: FB4/2009/0083
- 7 Erhebung eines Erschließungsbeitrages für die Erschließungsanlage "Am
Erbsenborn"
Vorlage: FB4/2009/0063
- 8 Erhebung eines Erschließungsbeitrages für die Erschließungsanlage "Im großen
Garten"
Vorlage: FB4/2009/0064
- 9 Projekt Soziale Stadt Stadtallendorf; Nachhaltigkeitskonzept
Vorlage: FB4/2009/0080
Kenntnisnahmen:
- 10 Vorbereitung Hessentag 2010; Investitionskonzept - Fortschreibung Juni 2009
Vorlage: FB4/2009/0082
- 11 Information über den Fortgang der Innenstadtentwicklung; Sachstandsbericht 8
Vorlage: FB4/2009/0081
- 12 Mitteilungen
- 13 Verschiedenes

Inhalt der Verhandlungen:

Zu 1 Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende, Herr Otmar Bonacker, begrüßt die anwesenden Mitglieder des Fachausschusses. Zudem begrüßt er Herrn Hausmann vom Planungsbüro Groß & Hausmann sowie den Vertreter der Presse und die Zuhörer.

Der Ausschussvorsitzende bittet, den Tagesordnungspunkt „Weiterentwicklung der Stadtmitte; Handelsobjekt Straße des 17. Juni (Bauteil 3); Abweichung von der genehmigten Bauplanung und Grundstückstausch (s. Einladung Stadtverordnetenversammlung)“ – Vorlage-Nr.: FB4/2009/0088 als TOP 3 auf die Tagesordnung zu nehmen. Die weiteren Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

Zu 2 Beratung von eingegangenen Anträgen

2.1 Antrag der BB-FDP-Fraktion vom 15.06.2009

- I. Der Magistrat wird beauftragt, einheitliche Vergaberichtlinien für die Vermarktung des neuen Gewerbegebietes Nord-Ost zu erstellen und dabei möglichst folgende Punkte zu berücksichtigen:
 - Festlegung eines marktüblichen Grundstückspreises über eine externe gutachterliche Bewertung.
 - Festschreibung von Umweltstandards wie z. B. Solarnutzungen und Regenwassernutzungen.
- II. Darüber hinaus wird der Magistrat beauftragt, ein Konzept für die überregionale Vermarktung des Gewerbegebietes zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen (z.B. zeitlich begrenzte finanzielle Entlastungen).

Ausschussmitglied Herr Linker begründet den Antrag der BB-FDP-Fraktion.

Ausschussmitglied Herr Hesse weist namens der SPD-Fraktion feste Vergaberichtlinien als ungeeignet zurück, da in Gewerbegebieten solche Richtlinien zunächst einschränkend wirken.

Ausschussmitglied Herr Erber weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion solche Festlegungen ebenfalls nur als schädlich für die Vermarktung von Gewerbeflächen einschätzt.

Herr Linker erklärt, die Angelegenheit in der Fraktion noch einmal zu beraten.

2.2 Antrag der BB-FDP-Fraktion vom 15.06.2009

Der Magistrat wird beauftragt sicherzustellen, dass regelmäßig vor Ablauf von Gewährleistungsfristen ein Bauobjekt in die jeweiligen Objekte auf Baumängel durch Sachverständige überprüft bzw. untersucht werden.

Ziel soll sein, dass vor Ablauf der Fristen die Mängel bei den Verantwortlichen geltend gemacht werden.

Herr Linker begründet diesen Antrag mit Hinweis darauf, dass es kaum vorstellbar sei, dass die Dachkonstruktion des Arbeitsamtes heute schon sanierungsbedürftig sein soll. Um ähnliche Vorfälle zukünftig auszuschließen, sollte die Stadt vor Ablauf der Gewährleistungsfristen tätig werden, um die Verantwortlichen zur Mängelbeseitigung rechtzeitig heranziehen zu können.

Herr Bürgermeister Vollmer weist auf die 5-jährige Gewährleistung nach VOB hin.

Herr Hesse weist darauf hin, dass die Verwaltung nach VOB verfährt, signalisiert jedoch Zustimmung zum Antrag, weil es eine richtige Verfahrensweise sei.

Beschlüsse:

Zu 3 Weiterentwicklung der Stadtmitte; Handelsobjekt Straße des 17. Juni (Bauteil 3); Abweichung von der genehmigten Bauplanung und Grundstückstausch (s. Einladung Stadtverordnetenversammlung) Vorlage: FB4/2009/0088

Herr Bürgermeister Vollmer erläutert zu diesem Tagesordnungspunkt die derzeitigen Rahmenbedingungen und weist darauf hin, dass der Investor Scheu eine rechtskräftige Baugenehmigung für den Bauteil 3 hat. Der Investor hat jedoch grundsätzlich einer Änderung der Lage des Gebäudeteils, die sich als Variante A parallel zur Straße des 17. Juni darstellt, zugestimmt. Darüber hinaus berichtet Bürgermeister Vollmer von den gemeinsamen Gesprächen mit Herrn Scheu, der Firma Maus und Herrn Ickert als Eigentümer des ehemaligen Herkules-Markt-Grundstückes.

Herr Hütten erläutert die Entwicklung der einzelnen Ausbauvarianten, teilt den Anwesenden mit, dass Herr Scheu zwischenzeitlich sich für Variante A entschieden habe.

Herr Bürgermeister Vollmer erläutert weiterhin, dass gemäß Auftrag an die Verwaltung die Firma Tegut angeschrieben wurde mit der Bitte sich zu erklären, ob Variante A mit der Errichtung des Baukörpers entlang der Straße des 17. Juni oder Variante B mit der Errichtung des Gebäudekörpers auf einer Länge von rd. 60 Meter vor dem Hallenbad präferiert wäre. Tegut habe in ihrer Antwort erklärt, beide Varianten nicht zu akzeptieren und hat eine dritte Variante vorgeschlagen, die die Errichtung des Baukörpers weiter nach Westen versetzt, vorsieht.

Diese dritte Variante wurde jedoch von der Verwaltung nicht weiterverfolgt, da diese die Ausfahrt auf den Parkplatzbereich aus Richtung Hallenbad kommend einschränken würde.

Herr Ickert hat darüber hinaus die Überlegung, die Ansiedlung des Kaufland-Marktes, nicht weiter zu verfolgen, der Verwaltung mitgeteilt.

Der Vorschlag eines Stadtallendorfer Bürgers, die Gebäude zu teilen, kann ebenfalls nicht weiterverfolgt werden, da die Nutzung der Gebäude

einem Parkplatz) geplant.

Zusätzlich soll durch die Planänderung die planexterne Ausgleichsfläche des Bebauungsplanes Nr. 22 aufgehoben werden. Diese festgesetzte Ausgleichsfläche wurde mangels Flächenverfügbarkeit bislang nicht umgesetzt. Die Ausweichverpflichtung soll nun im Rahmen der 2. Änderung des Bebauungsplanes auf den städtischen Ökopunkt-Pool „Kreuzborn/Briel“ umgelegt werden.

Eine Frage von Ausschussmitglied Herrn Metz zu Ausgleichsmaßnahmen wird von Herrn Hütten beantwortet.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage befindliche Beschlussempfehlung zu den im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen und Anregungen zum Bebauungsplanentwurf Nr. 22 „Volkspark, 2. Änderung“ als Stellungnahme der Stadt Stadtallendorf. Hinweise bzw. Anregungen zu nicht abwägungsfähigen Sachverhalten wurden nicht vorgebracht. Sämtliche eingegangenen Stellungnahmen werden damit abgewogen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 10 BauGB den Bebauungsplan Nr. 22 „Volkspark, 2. Änderung“ in der Fassung vom April 2009 als Satzung. Die Begründung des Bebauungsplans inkl. Umweltbericht wird gebilligt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu 5 Bauleitplanung der Stadt Stadtallendorf Bebauungsplan Nr. 93 "Niederkleiner Straße/Querspange" in der Kernstadt hier: Offenlegungsbeschluss gemäß § 3 (2) BauGB Vorlage: FB4/2009/0084

Herr Hütten stellt die Bebauungskonzeption der Herrenwald Wohnbau eG im Bereich der Niederkleiner Straße, Bahnstrecke Kassel-Frankfurt, vor. Auf dem Gelände befinden sich neben einem ausgedehnten Baumbestand im Osten Wohngebäude entlang der Niederkleiner Straße. Hierbei handelt es sich um Mehrfamilienhäuser. Diese Gebäude weisen alle einen erheblichen Sanierungsbedarf auf. Es ist deshalb vorgesehen diese Gebäude niederzulegen, um neue Flächen für ein Mischgebiet zu realisieren. Der Entwurf eines Bebauungskonzeptes, der den städtischen Gremien in der Vergangenheit vorgestellt wurde, sieht dabei vor, zwei Punkthäuser mit 4 Geschossen und einem Staffelgeschoss im Norden und Süden des Grundstückes an der Niederkleiner Straße zu errichten. In diesen Punkthäusern sind Büro- und Verwaltungsnutzungen sowie Geschäfte vorgesehen. Zwischen den Punkthäusern und der Grundstücksmitte ist eine Wohnbebauung mit drei Geschossen geplant. In der Erd- und Obergeschossenebene entlang der Niederkleiner Straße sind punktuell Geschäftsnutzungen vorgesehen.

Herr Hausmann vom Büro Groß & Hausmann erläutert im Anschluss die Details der Maßnahme. Besonders geht er dabei auf die Frage des Immissionsschutzes ein. Die von einem Münchner Büro festgestellten erheblichen Schallimmissionen machen umfangreiche Schallschutzmaßnahmen erforderlich. So ist z. B. eine Lärmschutzwand mit einer Mindesthöhe von 5 Metern entlang der Eisenbahnlinie erforderlich. Weiterhin sind zahlreiche passive Schallschutzmaßnahmen erforderlich.

Die Frage zur Geschossigkeit der Gebäude von Herrn Hahn wird von Herrn Hesse dahingehend aufgegriffen, dass wegen der Symmetrie des sich Einfügens in das Ortsbild eine maximale 3-Geschossigkeit sinnvoll sei.

Herr Bürgermeister Vollmer gibt zu bedenken, dass die Verwaltung eine Zustimmung zur geplanten 4-Geschossigkeit signalisiert habe und deshalb mit der Herrenwald Wohnbau eG zu sprechen sein wird, inwieweit eine Abänderung auf 3 Geschosse möglich ist. Dieses Abstimmungsgespräch kann aus Zeitgründen (Kurzfristigkeit) bis zur kommenden Stadtverordnetenversammlung nicht mehr geführt werden.

Die Frage des Geschossigkeit wird anschließend kontrovers diskutiert.

Herr Hesse signalisiert einen Änderungsantrag seitens der SPD-Fraktion.

Es wird einstimmig beschlossen, dass eine Abstimmung über diesen Tagesordnungspunkt ausgesetzt wird.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Stadtallendorf billigt den vorliegenden Bebauungsplanentwurf und beschließt die Durchführung der erforderlichen Beteiligungsverfahren gemäß § 13 a Abs. 2 Nr. 1 in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 2 und 3 BauGB (Beteiligung Öffentlichkeit).
2. Gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB wird von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 (frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit) und § 4 Abs. 1 BauGB (frühzeitige Beteiligung der Behörden) abgesehen.

Abstimmungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

Zu 6

Bauleitplanung der Stadt Stadtallendorf

62. Änderung des Flächennutzungsplans in der Kernstadt

a) Behandlung der während des Bauleitplanverfahrens eingegangenen Bedenken und Anregungen

b) Beschlussfassung

Vorlage: FB4/2009/0083

Herr Hütten erläutert die Vorlage und weist darauf hin, dass es sich hierbei um eine Anpassung an die realen Gegebenheiten handelt.

Weitere Fragen werden zu diesem Tagesordnungspunkt nicht gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage dargelegte Abwägung über die eingegangenen Stellungnahmen und Anregungen im Rahmen des Bauleitplanverfahrens zur 62. Änderung des Flächennutzungsplanes in der Kernstadt.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die 62. Änderung des Flächennutzungsplanes nebst Begründung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Zu 7 Erhebung eines Erschließungsbeitrages für die Erschließungsanlage "Am Erbsenborn"
Vorlage: FB4/2009/0063**

Fragen zu diesem Tagesordnungspunkt ergeben sich nicht.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachfolgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage beigefügte Abweichungssatzung für die Erschließungsanlage „Am Erbsenborn“.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Zu 8 Erhebung eines Erschließungsbeitrages für die Erschließungsanlage "Im großen Garten"
Vorlage: FB4/2009/0064**

Fragen hierzu ergeben sich nicht.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachfolgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage beigefügte Abweichungssatzung für die Erschließungsanlage „Im großen Garten“.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Zu 9 Projekt Soziale Stadt Stadtallendorf; Nachhaltigkeitskonzept
Vorlage: FB4/2009/0080**

Herr Hütten erläutert die Vorlage und weist darauf hin, dass die letzten Förderanträge gestellt sind. Soweit macht es Sinn, sich eine Option beizubehalten, da trotz Verbesserungen weiterer Handlungsbedarf im Projektgebiet besteht.

Herr Hesse weist darauf hin, dass ein Änderungsantrag der SPD eingereicht wurde, der jedoch derzeit noch nicht den Ausschussmitgliedern vorliegt. Grundsätzlich begrüßt die SPD eine weitere Beibehaltung.

Es wird Einvernehmen darüber erzielt, dass eine Entscheidung in dieser Sache bis zur Stadtverordnetenversammlung zurückgestellt wird.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung verabschiedet die Nachhaltigkeitserklärung zum Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“. Die Stadt beabsichtigt, in der „Hessischen Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt“ zu verbleiben.
2. Die Nachhaltigkeitserklärung ist als Anlage beigefügt.

Abstimmungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

Kenntnisnahmen

**Zu 10 Vorbereitung Hessentag 2010; Investitionskonzept - Fortschreibung Juni 2009
Vorlage: FB4/2009/0082**

Herr Bürgermeister Vollmer erläutert die Vorlage und gibt bekannt, dass nähere Informationen zu Kosten bzw. Zuschüssen noch nicht vorliegen. Auf die Frage von Herrn Erber zu den Kostenerhöhungen für die Baumaßnahme Heinz-Lang-Park erklärt Herr Bürgermeister Vollmer, dass es sich um mehrere hundert Tausend € handeln wird.

Herr Hütten erläutert, dass die Kosten der Bauleistung gestiegen sind, da zusätzliche Dinge für den Hessentag zu erledigen sind.

Die Frage von Herrn Hesse über mögliche Folgen für den Augenblick, sollte der Förderbescheid nicht rechtzeitig eintreffen, beantwortet Herr Bürgermeister Vollmer dahingehend, dass nach heutigem Stand von einer rechtzeitigen Bescheiderteilung auszugehen ist.

Kenntnisnahme:

Im Rahmen der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft und des Magistrats am 18.03.2008 wurde über den Sachstand zur Projektentwicklung zum Hessentag berichtet. Seinerzeit wurde von der Verwaltung ein erstes Investitionskonzept zum Hessentag vorgelegt. Fortschreibungen dieses Investitionskonzeptes wurden im August 2008 sowie im Dezember 2008 den städtischen Gremien vorgestellt. Die Verwaltung legt nunmehr die 4. Fortschreibung des Investitionskonzeptes „Hessentag 2010“ mit Stand Juni 2009 vor. Die Verwaltung bittet um Kenntnisnahme.

Abstimmungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

Zu 11 Information über den Fortgang der Innenstadtentwicklung; Sachstandsbericht 8 Vorlage: FB4/2009/0081

Kenntnisnahme:

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss in ihrer Sitzung am 06.03.2008, dass über die Entwicklung des Projekts „Erweiterung und Ergänzung der Stadtmitte“ bis zu deren Fertigstellung in jeder Stadtverordnetenversammlung ein aktueller Sachstandsbericht erstattet werden soll. In diesem Bericht sollen dargestellt werden:

- a) die aktuellen Planungsstände der Projektbereiche „Ehemaliger Busbahnhof“, „Einkaufsbereich Parkplatz Straße des 17. Juni“
- b) der aktuelle Sachstand der Verhandlungen mit den unterschiedlichen Betreibern und
- c) Stand der Vertragsabschlüsse.

Sachstand zum 05.06.2009

Zu a):

Das Bauteil 1 (Handelsimmobilie REWE, Aldi, Drogeriemarkt Müller) befindet sich in der Realisierung. Der Spatenstich für die Maßnahme erfolgte am 21.04.2009.

Für den Einkaufsbereich „Stellplatzanlage Straße des 17. Juni“ existiert eine Baugenehmigung für die Errichtung eines Baukörpers mit 4 Ladeneinheiten. Aktuell werden Gespräche mit Eigentümern von Bestandsimmobilien in der Stadtmitte sowie Handelsbetrieben geführt, um eine Optimierung der Nutzung der ehemaligen Stellplatzanlage vor dem Tegut-Markt zu ermöglichen.

Für den Einkaufsbereich auf dem ehemaligen Busbahnhof, der als Ersatz für das ehemalige Ärztehaus fungiert, wird derzeit die Bauantragsplanung durch den Investor erarbeitet. Die aktuellen Planungsstände werden im Rahmen einer gemeinsamen Sondersitzung des Magistrats und des Fachausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft am 19.06.2009 vorgestellt (vgl. Vorlage FB4/2009/0077).

Zu b):

Mit folgenden Betreibern steht der Investor in Verhandlung bzw. sind die Verhandlungen abgeschlossen:

1. Für das Einkaufszentrum im Bereich des ehemaligen Busbahnhofs
 - Lebensmittelvollsortimenter Firma REWE (Verhandlungen abgeschlossen)
 - Lebensmitteldiscounter Firma Aldi (Verhandlungen abgeschlossen)
 - Kleinkaufhaus Drogeriemarkt Firma Müller (Verhandlungen abgeschlossen)
 - Fachmarkt Schuhmode Firma Deichmann (Verhandlungen abgeschlossen)

2. Für die Ladenzeile im Bereich der „Stellplatzanlage Straße des 17. Juni“ sowie für die 2. Handelsimmobilie im Bereich des „ehemaligen Busbahnhofs“ führt der Investor zur Zeit Verhandlungen mit interessierten Anbietern im Handelsbereich. Darüber hinaus wird eruiert, ob eine Ansiedlung im medizinischen Bereich und im Gastronomiebereich möglich ist.

Über den Sachstand in Bezug auf die unterschiedlichen Betreiber wird der Investor im Rahmen der o. g. Sondersitzung am 19.06.2009 informieren.

Zu c):

Der Kaufvertrag mit dem Investor IPC wurde im August 2008 abgeschlossen. Zwischenzeitlich wurde der vollständige Kaufpreis gezahlt. Die aufgrund der verspäteten Kaufpreiszahlung fälligen Verzugszinsen wurden ebenfalls gezahlt.

Abstimmungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

Zu 12 Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Zu 13 Verschiedenes

Die Anregung von Ausschussmitglied Herrn Metz zur landwirtschaftlichen Nutzung landwirtschaftlicher Feldwege, wie diese beispielsweise in der Nachbargemeinde Homberg/Ohm praktiziert werde, wird von Herrn Bürgermeister Vollmer aufgenommen mit dem Hinweis, dass hierzu Gespräche mit den Ortslandwirten, Herrn Hamenstädt vom Landwirtschaftsamt und anderen Nutzungsinteressenten notwendig sein werden. Eine grundsätzliche Zu- bzw. Absage zu einer solchen Nutzung wäre demnach verfrüht.

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

